

ALÓ PRESIDENTE – PRESSE UND POLITIK IN LATEINAMERIKA¹

Peter-Alberto Behrens

Schon seit längerer Zeit steht es um die Presse- und Meinungsfreiheit in Lateinamerika nicht besonders gut. Dafür tragen vor allem Kuba, Venezuela sowie weitere, dem so genannten Sozialismus des 21. Jahrhunderts verschriebene Staaten bei. Neuerdings müssen sich die durch Globalisierung, Konkurrenz des Internets und die Wirtschaftskrise geschwächten Medien aber auch gegenüber anderen Regierungen behaupten. Ein grundlegender Wandel in der Machtkonstellation zwischen Presse und Politik deutet sich an. Über Jahre hinweg war die Presse in vielen Ländern Lateinamerikas Sinnbild für den Kampf um Menschenrechte und Schutz der Demokratie. Mutig ließen sich zum Beispiel der *Buenos Aires Herald* in Argentinien, Radio ñandutí in Paraguay oder auch *La Prensa* in Nicaragua selbst von den härtesten Diktatoren in ihrer kritischen Berichterstattung nicht abschrecken. In der politikwissenschaftlichen Transitionsforschung wird daher lateinamerikanischen Journalisten eine ganz wesentliche Rolle in der Wiedergewinnung der Demokratie im Verlauf der achtziger Jahre zugesprochen. Als in den neunziger Jahren in Ländern wie Venezuela, Ekuador oder Bolivien die traditionellen Parteien unter massiven Korruptionsvorwürfen zusam-



Peter-Alberto Behrens ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Buenos Aires und leitet das Medienprogramm Lateinamerika.

1 | Dieser Beitrag stützt sich auf eine vom Medienprogramm Lateinamerika beauftragte Studie. Voraussichtlicher Erscheinungstermin ist März 2010. Vgl. hierzu: Martín Dinatale und Alejandra Gallo: *Luz, cámara ... ¡Gobiernen! Nuevos Paradigmas de la comunicación presidencial en América Latina* (Buenos Aires: Konrad-Adenauer-Stiftung).

menbrachen, erschien es nachvollziehbar, dass man vielerorts von Journalisten eine moralische Führungsrolle erwartete. Dem folgte wenige Jahre darauf eine äußerst erfolgreiche Entwicklung einzelner ohnehin schon starker Medienunternehmen, wie Televisa in Mexiko, Rede Globo in Brasilien oder der Clarín-Gruppe in Argentinien. Alle drei sind heute in ihren jeweiligen Ländern nicht nur marktbeherrschend, sondern haben einen Platz in der globalen Medienlandschaft. Beispielsweise gehört Televisa mit einem Umsatz von fast drei Milliarden Euro weltweit zu den 50 größten Medienunternehmen (Platz 42) und die Rede Globo ist seit vielen Jahren auf afrikanischen, aber auch europäischen Märkten mit eigenen Produktionen präsent.² Dieser Expansionskurs ging Hand in Hand mit einer starken unternehmerischen Diversifizierung. Dies gilt nicht nur für Branchen mit derartigen Holdings, sondern auch für die Eigentümerstruktur, die durch nationale und internationale Verflechtungen und Beteiligungen zunehmend unüberschaubar geworden ist.

LATEINAMERIKANISCHE MEDIEN – VON DER GEFÜHLTEN ALLMACHT ZUR OHNMACHT?

Wie auch in anderen Ländern verlieren in Lateinamerika sowohl Medien als auch Journalisten zunehmend ihre unabhängige und meinungsbildende Funktion. Ein wichtiger Grund dafür ist der Verlust des technologischen Wettbewerbsvorteils.

Wie auch in anderen Ländern verlieren in Lateinamerika sowohl Medien als auch Journalisten zunehmend ihre unabhängige und meinungsbildende Funktion. Ein wichtiger Grund dafür ist der Verlust des technologischen Wettbewerbsvorteils. Die neuen Technologien verringern die Unterschiede und „verflachen die

Welt“, wie Thomas Friedman in seinem mit dem Pulitzer-Preis prämierten Buch feststellte.³ Die lateinamerikanischen Medien finden keine Antwort, das obsolet werdende Geschäftsmodell auf Basis von Werbung durch ein ähnlich profitables Modell zu ersetzen. Dies ist im Falle Lateinamerikas besonders problematisch, da hier seit jeher der Staat mit Abstand als größter Werbetreibender fungierte. Zudem scheinen lateinamerikanische Medien in Reaktion auf diese Entwicklungen den redaktionellen und unternehmerischen Fehler zu begehen, zu sehr auf Sensationen zu setzen und ihr Personal zu vernachlässigen.

2 | Vgl. Institut für Medien und Kommunikationspolitik (Hrsg.), *Ranking – die ersten 50 größten Medienkonzerne 2008*, <http://www.mediadb.eu/rankings> [3. Dezember 2009].

3 | Vgl. Thomas L. Friedman, *Die Welt ist flach. Eine kurze Geschichte des 21. Jahrhunderts* (Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 2007).

Dies ist selbstverständlich von Fall zu Fall unterschiedlich. Auffallend ist dennoch, dass Journalisten in Lateinamerika zwischen 1995 und 2005 an Glaubwürdigkeit und Vertrauenswürdigkeit verloren haben. Unterschiedliche Umfragen bestätigen diese Tendenz.⁴ Möglicherweise trug dieser Ansehensverlust dazu bei, dass in den letzten Jahren Journalisten deutlich angreifbarer geworden sind. Spürbar ist, dass Medien- und Journalistenschelte nicht mehr in dem Maße sozial geächtet wird („Angriff auf die Pressefreiheit“) wie noch vor einigen Jahren. Der Ruf nach verstärkter Kontrolle der Medien ist mittlerweile fast schon populär und wurde wahrscheinlich deshalb relativ früh von Populisten wie den Präsidenten Chávez und Morales ins Spiel gebracht. Die Forderung, dass auch Medien der Gesellschaft gegenüber Rechnung abzulegen haben, ist offenbar politisch nicht mehr unkorrekt, unabhängig davon, was damit genau gemeint ist. Dies stellte auch ein Unternehmensvertreter der Clarín-Gruppe auf dem 65. Treffen des Interamerikanischen Verlegerverbands SIP/IAPA Anfang November 2009 in Buenos Aires fest.⁵ Im Rahmen eines Vortrags äußerte er seine Sorge darüber, dass in Lateinamerika die Vorstellung, Regierungen hätten Medien zu kontrollieren, zunehmend Anklang fände, und wies auf eine entsprechende Latinobarómetro-Umfrage des Jahres 2004 hin. Danach unterstützten 37 Prozent der Befragten diese These. Unerwähnt bleibt in diesem Zusammenhang allerdings, dass private Medienunternehmen ihre oftmals als Monopol zu bezeichnende Position vielfach völlig unkritisch betrachten und Zweifel hieran als Zensur ablehnen.

Der Ruf nach verstärkter Kontrolle der Medien ist mittlerweile fast schon populär und wurde wahrscheinlich deshalb relativ früh von Populisten wie den Präsidenten Chávez und Morales ins Spiel gebracht. Die Forderung, dass auch Medien der Gesellschaft gegenüber Rechnung abzulegen haben, ist offenbar politisch nicht mehr unkorrekt, unabhängig davon, was damit genau gemeint ist.

Es häufen sich Worte und Handlungen von Politikern aller Couleur, die ähnliches kritisieren. Der Friedensnobelpreisträger und Präsident Costa Ricas, Óscar Arias Sánchez, unterstellte Medien vor kurzem pauschal die Verfolgung vornehmlich wirtschaftlicher Interessen. Selbst Brasiliens Präsident

4 | Vgl. Latinobarómetro, *Umfragen der Jahre 1995-2008*, einzusehen unter: www.latinobarometro.org [3. Dezember 2009]. Vgl. auch: PEW Research Center for the people & the press, <http://people-press.org/report/543/> [3. Dezember 2009].

5 | SIP/IAPA (Sociedad Interamericana de Prensa) ist ein Unternehmerverband, dem die wichtigsten Presseunternehmen Nord- und Südamerikas angehören, <http://www.sipiapa.org> [3. Dezember 2009].

Luiz Inácio Lula da Silva scheint mit solchen Positionen zumindest zu kokettieren. Kürzlich erst veröffentlichte die Online-Ausgabe von *Globo* einen Bericht, demzufolge der Vorstand der Partei an einem Beschluss arbeite, um eine gesetzlich geregelte „soziale Kontrolle“ privater Medien vorzuschreiben. Das aktuelle System der Lizenzvergabe sei unzeitgemäß, hieß es, und man bevorzuge „kommerzielle Gruppen zu Lasten der Interessen der Bevölkerung“. Ein weiterer interessanter Fall ist der des kürzlich neu gewählten Präsidenten El Salvadors, Mauricio Funes, der zuvor als Journalist tätig war. Sein Erziehungsminister Sánchez Serén hat dem Parlament des Landes eine Reforminitiative vorgelegt, nach der Medien mit „starken und ernsthaften“ Regulierungen zu rechnen hätten.⁶ Unabhängig davon, wie bedrohlich diese Stellungnahmen und Handlungen im Einzelnen nun wirklich sind, ist nicht zu leugnen, wie einhellig solche Äußerungen aus der Politik heraus auftreten. Besonders bedenklich ist in diesem Zusammenhang die auffallend gestiegene Anzahl ermordeter Journalisten. Höchst unterschiedliche Institutionen von Reporter ohne Grenzen bis zum Verband SIP/IAPA stimmen darin überein, dass zum ersten Mal seit Jahren die Anzahl der ermordeten Journalisten in Lateinamerika wieder zugenommen hat.⁷

Währenddessen haben einzelne politische Akteure ihre Hausaufgaben gemacht. Vor allem Nicht-Regierungsorganisationen und so genannte soziale Bewegungen, aber auch Regierungen, politische Gruppen und Wahlplattformen haben gelernt, die neuen technologischen Kommunikationsmöglichkeiten professioneller zu nutzen. Die Funktion des Pressesprechers ist in staatlichen Stellen und Ministerien vieler Länder in Lateinamerika keine Seltenheit mehr. Wichtiger noch: diese Aufgaben werden von einem Personal mit entsprechen-

Vor allem Nicht-Regierungsorganisationen und so genannte soziale Bewegungen, aber auch Regierungen, politische Gruppen und Wahlplattformen haben gelernt, die neuen technologischen Kommunikationsmöglichkeiten professioneller zu nutzen. Die Funktion des Pressesprechers ist in staatlichen Stellen und Ministerien vieler Länder in Lateinamerika keine Seltenheit mehr.

6 | Vgl. Oscar Arias, „...son, ante todo, empresas, corporaciones que buscan producir utilidades“, in: *La Nación* (San José, Costa Rica), 28.08.2009; „PT defende controle público e sanções à imprensa“, in: *Globo online* (Rio de Janeiro, Brasilien), 19.11.2009, <http://oglobo.globo.com/pais/noblat/posts/2009/11/19/pt-defende-controle-publico-sancoes-imprensa-242570.asp> [3.Dezember 2009]; „Educación pide regular medios de comunicación“, in: *El Mundo* (San Salvador, El Salvador), 26.11.2009.

7 | Vgl. hierzu: [http://www.reporter-ohne-grenzen.de/index.php?id=65&tx_ttnews\[tt_news\]=899&tx_ttnews\[backPid\]=59#899](http://www.reporter-ohne-grenzen.de/index.php?id=65&tx_ttnews[tt_news]=899&tx_ttnews[backPid]=59#899) [20.12.2009].

chender Ausbildung wahrgenommen, was für Länder, in denen Beamtenstellen vor allem als Pfründereservoir gesehen werden, nicht selbstverständlich ist. Auch externe Kommunikationsberatung wird sehr viel selbstverständlicher und häufiger angenommen als noch vor 15 oder 20 Jahren. Paradoxerweise haben diese Entwicklung (auch) Journalisten vorangebracht. Zu Recht bemängelten sie lange die Verslossenheit und mangelnde Transparenz in der Informationsarbeit von Regierungen, politischen Parteien und Gruppierungen. Einzelne Regierungen haben erkannt, dass sie mit dem Zugriff auf staatliche Budgets und Infrastruktur viel mehr Möglichkeiten besitzen, die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Dies gilt umso mehr, solange Medien mit existenziellen Nöten zu kämpfen haben. Allerdings beschränkt sich die Professionalisierung von Regierungskommunikation in erster Linie auf die technische und handwerkliche Ebene. Nur in wenigen Fällen wurde auch eine ansatzweise strategische und inhaltliche Kommunikationsplanung erkennbar.

DAS CHÁVEZ-MODELL

Einer der ersten, der diese Erkenntnis von Anfang an konsequent in seinem Sinne umsetzte, war der venezolanische Präsident Chávez. Er verstand es, mit seinem direkten Stil der Bevölkerung den vermeintlich sonst so fernen Staat nahe zu bringen – genau das, was anscheinend viele Venezolaner an den traditionellen Parteien und Politikern bislang vermisst hatten. Paradestück ist dabei zweifelsohne die mittlerweile weit über venezolanische Grenzen hinaus bekannte und regelmäßig landesweit ausgestrahlte TV-Sendung „Aló Presidente“.

Die direkte Übertragung von Kabinettsitzungen, das Treffen von höchst sensiblen Entscheidungen vor laufender Kamera, wie die der erfolgten Mobilisierung von Streitkräften an die venezolanisch-kolumbianische Grenze im März 2008 sollen Transparenz, Mut und Offenheit suggerieren. Medien haben demnach eine bestimmte Funktion zu erfüllen, die sich vornehmlich an Vorgaben eines politischen Projekts zu orientieren hat: denen des Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Einer, der dies seinerzeit unverblümt auf den Punkt brachte, war der damalige Direktor des Fernsehkanals TELESUR und ehemalige Kommunikationsminister der Regierung Chávez, Andrés Izarra. In einem im Januar 2009 veröffentlichtem Interview gab Izarra bekannt, es ginge darum, die „kommunikati-

ve Vormachtstellung“ zu erlangen („hegemonía comunicacional“).⁸ Nur zu oft bestätigen die Präsidenten Venezuelas,

Nur zu oft bestätigen die Präsidenten Venezuelas, Ekuadors oder Boliviens diese Grundhaltung. Hugo Chávez betitelte schon 2001 die (unabhängigen) Medien als „Feind der Revolution“⁹, Raffael Correa spricht immer wieder von der „korrupten Macht“ der Presse und auch Evo Morales hat Journalisten öffentlich immer wieder als „Feinde“ bezeichnet. Folgerichtig wird gegen Medien und Journalisten vorgegangen.

Ekuadors oder Boliviens diese Grundhaltung. Hugo Chávez betitelte schon 2001 die (unabhängigen) Medien als „Feind der Revolution“⁹, Raffael Correa spricht immer wieder von der „korrupten Macht“ der Presse und auch Evo Morales hat Journalisten öffentlich immer wieder als „Feinde“ bezeichnet. Folgerichtig wird gegen Medien und Journalisten vorgegangen. Auffallend ist dabei, wie ähnlich diese Vorgehensweise in den mit Venezuela verbündeten Ländern ist.

Erschreckend ist an diesem Modell weniger der Katalog der einzelnen Maßnahmen, mit denen Medien und Journalisten gefügig gemacht werden sollen. Auch aus anderen Zeiten und Ländern der Region ist die Anwendung dieser Maßnahmen bekannt. Neu und modellhaft an dieser Vorgehensweise ist die Systematik, Konsequenz und der fast schon drehbuchartige Ablauf. Es beginnt mit öffentlichen Diffamierungen und nicht erwiesenen Denunziationen gegen unabhängige und kritische Medien. Es folgt darauf die Umsetzung einer Staatspolitik der Stärkung staatlicher Medien und Schwächung unabhängiger Berichterstattung. Abgesichert wird dies durch neue rechtliche Rahmen. Während des gesamten Prozesses werden Ton, Intensität und Schärfe der Angriffe kontinuierlich gesteigert. Am Ende desselben stehen in Venezuela, aber auch in Bolivien und auch in Ekuador/Nikaragua eine in ihrer Unabhängigkeit geschwächte Medienlandschaft, ein schwieriges und mit vielen Gefahren versehenes rechtliches Umfeld für die Ausübung des journalistischen Berufs, eine empfindliche Beeinträchtigung der sozialen Stellung von Journalisten sowie des Berufsstands selbst und der kaum zu widerstehende Druck zur Selbstzensur. Wie ein Leitfaden ziehen sich dabei zwei Ausprägungen durch das Modell. Zum einen wird der gesamte kommunikative Prozess auf den politischen Führer zugeschnitten. Zum anderen wird von oberster Stelle die Nachrichtenagenda bestimmt. Bei der Umsetzung kann unterschieden werden zwischen Maßnahmen, die

8 | Vgl. „Hay que elaborar un nuevo plan, y el que nosotros proponemos es que sea hacia la hegemonía comunicacional e informativa del Estado“, in: *El Universal* (Caracas, Venezuela), 08.01.2009.

9 | *El Universal* (Caracas, Venezuela), 04.01.2001.

- a.) die Regierung möglichst nachrichtenintensiv ankündigt und umsetzt, und solchen, die
- b.) eher im Verborgenen stattfinden und die darauf abzielen, Journalisten zu zermürben und deren Arbeit zu behindern.

Zur ersten Kategorie gehören folgende Maßnahmen:

Erstens, eine Staatspolitik der Stärkung staatlicher bzw. staatsnaher Medien und eine Schwächung unabhängiger Berichterstattung. Für Venezuela bedeutet dies, dass seit der Regierungsübernahme von Hugo Chávez vor elf Jahren mittlerweile 238 Radiostationen, 28 Fernsehsender, 340 Tages- und Wochenzeitungen sowie Magazine und 125 Websites entweder verstaatlicht oder unter die Obhut des Staates gestellt wurden. Insgesamt verfügt der Staat somit über 731 unterschiedliche Kommunikationskanäle – ohne die Sendeminuten der zwangsweise angeordneten Zuschaltung unabhängiger Medien bei wichtigen Regierungserklärungen dazuzurechnen.¹⁰ In Bolivien zog man es vor, den bis 2005 fast unbedeutenden staatlichen Sender Radio Illimani zum „Radio Patria Nueva“ mit massiver finanzieller Hilfe aus Venezuela umzugestalten. Hartnäckig hält sich in Bolivien auch das Gerücht, die Tageszeitung *La Razón* sei kürzlich durch einen der Chávez-Regierung nahe stehendem Mittelsmann aufgekauft worden. Ähnliches gelte für den Fernsehsender ATB.

Zweitens, die Schaffung neuer rechtlicher Grundlagen. Diese Staatspolitik wird von neuen rechtlichen Rahmenseetzungen flankiert – entweder in der Gestalt von Mediengesetzen oder gleich in dem Prozess der Ausarbeitung einer neuen Verfassung, wie in Bolivien geschehen. Im ekuadorianischen Parlament wird dieser Tage ein Mediengesetz debattiert. Hierbei beklagte sich Präsident Raffael Correa darüber, falsch zitiert worden zu sein: „Genau diese Form von Verhalten zeigt uns, dass dieses Gesetz notwendig ist“¹¹.

10 | Vgl. Bericht des Journalisten Davida Natera, des Bloque de Prensa Venezolano anlässlich des 65. Treffens der SIP/IAPA in Buenos Aires.

11 | Raffael Correa, „Informaron que yo he dicho que la ley va porque va y todos tienen que obedecer. Esa clase de comportamiento nos demuestra que la ley es necesaria“, in: *El Comercio* (Quito, Ecuador), 2.12.2009.

Drittens, unabhängige Medien werden bei kritischer Berichterstattung massiv unter Druck gesetzt. Der Lizenzentzug von RCTV (Radio Caracas Televisión) in Venezuela war hierbei bislang nur die Spitze des Eisbergs. Am Beispiel des aktuellen Falles von Globovisión in Venezuela zeigten sich die Regierungsapparate in Caracas unüblich kreativ. Allgemein geht das Instrumentarium von der Erhebung von Bußgeldern aufgrund vermeintlicher, aber nicht bewiesener Rechtsbrüche zum Entzug von Werbegeldern über die forcierte Einstellung regierungsnaher Redakteure bis hin zu tätlichen Angriff auf Redaktionsbüros.

Selbst wenn die Lage in Nicaragua nicht die Schärfe derjenigen in Venezuela oder Bolivien erreicht hat, warnten kürzlich der Internationale Hörfunkverband AIR und die Interamerikanische Menschenrechtskommission CIDH davor, Präsident Daniel Ortega tendiere dazu, das „bolivarianische Modell“ des Umgangs mit Medien zu übernehmen.¹²

Viertens, aus dem Glaubwürdigkeitsverlust der Journalisten wird gezielt politisches Kapital geschlagen. Journalisten unabhängiger Medien werden mit ihren Arbeitgebern gleichgesetzt und mit den ihnen unterstellten (wirtschaftlichen) Interessen identifiziert. Ihnen wird jegliche professionelle Unabhängigkeit abgesprochen. Das entsprechende Medium wird dabei mitunter als Sprachrohr einer nicht näher definierten medialen Oligarchie bezeichnet. Damit werden Journalisten eindeutig als politische Feinde gebrandmarkt und öffentlich denunziert.¹³

Weniger Beachtung findet die zweite Kategorie an Maßnahmen, die getrost als Schikanen und Angriffe bezeichnet werden können. Sie erfolgen weit subtiler und zielen darauf ab, die tägliche Arbeit unabhängiger Journalisten zu erschweren oder zu unterbinden. Pressekonferenzen werden – wenn überhaupt – mit politisch genehmen Journalisten abgehalten, ansonsten werden Zielgruppen bevorzugt direkt angesprochen. Kritische Journalisten müssen jederzeit damit rechnen,

12 | Vgl. „Nicaragua: Radiodifusores y representantes del CIDH advierten que Ortega podría repetir el modelo bolivariano con los medios“, in: *La Prensa* (Managua, Nicaragua), 4.08.2009.

13 | Vgl. Josef Oehrlein, „Neue Zwangsjacken für die Journalisten“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.10.2009; Josef Oehrlein, „Hass und Feindschaft säen“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 1.08.2009.

gezielt und persönlich angegriffen und diffamiert zu werden. Dabei wird auch vor Gewalt nicht zurückgeschreckt. Dies widerfuhr selbst einem der bekanntesten und populärsten Journalisten Nikaraguas, Carlos F. Chamorro. Er wurde im Verlauf einer illegalen Hausdurchsuchung körperlich angegriffen. Die gegen ihn erhobenen Vorwürfe der Geldwäsche konnte die Staatsanwaltschaft aber nicht beweisen.¹⁴ Beliebte sind auch kurz vor Redaktionsschluss angeblich dringend durchzuführende Hausdurchsuchungen, zumeist seitens der Steuerbehörde oder des Arbeitsministeriums. Nicht zu unterschätzen sind tätliche Angriffe seitens der Vertreter regierungsnaher sozialer Bewegungen auf öffentlich als regierungsfeindlich gebrandmarkte Journalisten. Diese Angriffe werden häufig seitens der Regierung wohlwollend als Ausdruck des berechtigten Volkszorns ausgelegt.

Das Chávez-Modell der Regierungskommunikation scheint andere lateinamerikanische Regierungen in ihrem jeweiligen Verhältnis zu den Medien zu inspirieren. Sowohl der sozialdemokratische peruanische Präsident Alan García, wie auch der als konservative, geltende kolumbianische Präsident Álvaro Uribe Vélez wettern gerne öffentlich gegen namentlich genannte Medien oder Journalisten und nehmen dabei offenbar bewusst mögliche negative Folgen für die Gescholtenen in Kauf. Schon erwähnt wurde die offensichtlich geringere Hemmschwelle vieler führender Politikern der Region, die Medien zu kritisieren oder unter Druck zu setzen. Besorgniserregend ist vor allem der zunehmende Hang, die staatliche Machtstellung als wichtigster Werbetreibender nach politischen Kriterien zu nutzen. Diese Praxis ist in der Region keineswegs neu. Allerdings scheint in letzter Zeit die Mittelvergabe hier sehr viel gezielter und in viel größerem Umfang zu erfolgen als bisher. Einen in dieser Hinsicht beeindruckenden Bericht legte im August 2008 die argentinische Nicht-Regierungsorganisation ADC vor. Unter anderem sei ein explosionsartiger Zuwachs offizieller Mittel für Werbezwecke erkennbar. Allein für Argentinien bedeute dies, dass die

Pressekonferenzen werden – wenn überhaupt – mit politisch genehmen Journalisten abgehalten, ansonsten werden Zielgruppen bevorzugt direkt angesprochen. Kritische Journalisten müssen jederzeit damit rechnen, gezielt und persönlich angegriffen und diffamiert zu werden. Dabei wird auch vor Gewalt nicht zurückgeschreckt.

Das Chávez-Modell der Regierungskommunikation scheint andere lateinamerikanische Regierungen in ihrem jeweiligen Verhältnis zu den Medien zu inspirieren. Sowohl der sozialdemokratische peruanische Präsident Alan García, wie auch der als konservative, geltende kolumbianische Präsident Álvaro Uribe Vélez wettern gerne öffentlich gegen namentlich genannte Medien oder Journalisten und nehmen dabei offenbar bewusst mögliche negative Folgen für die Gescholtenen in Kauf.

14 | Gespräch des Verfassers mit Carlos Fernando Chamorro am 14. Oktober 2009 in Managua, Nikaragua.

entsprechenden Budgets zwischen 2003 und 2008 um ca. 300 Prozent angestiegen seien. ADC spricht dabei allerdings von einer in der ganzen Region festzustellenden Tendenz.

Ein Beispiel aus der Praxis ist ein von der Tageszeitung *ABC Color* in Paraguay kürzlich aufgedeckter Skandal: die Regierung ließ über 51 Gemeinschaftsradios („radios comunitarios“) eine staatliche Werbekampagne laufen. Das Problem daran war, dass von den 51 Sendern lediglich drei offizielle Sendegenehmigungen besaßen und somit überhaupt befugt waren, Werbung zu schalten. Offensichtlich benötigten alle 51 Sender die Werbeeinnahmen, um existieren zu können.¹⁵ Dies ist für lateinamerikanische Verhältnisse kein Einzelfall und wahrscheinlich nur die Spitze des Eisberges. Ähnliche Abhängigkeitsstrukturen lassen sich überall in Lateinamerika, insbesondere in ländlichen Regionen verfolgen. Schon oft gab es Initiativen, die Vergabe öffentlicher Mittel für Werbezwecke zu regeln oder zumindest transparenter zu gestalten. Hierbei scheiterte man allerdings nicht nur an den Regierungen, sondern oft auch an den großen Medienunternehmen, die in vielen Fällen zu den größten Nutznießern dieser Praktiken gehören.

Im Bereich der täglichen Arbeit von Journalisten ist zu beobachten, dass Pressekonferenzen von Regierungen immer seltener einberufen und offenbar immer unbeliebter werden. Demgegenüber wird viel lieber inszeniert; die Einweihung von Krankenhäusern, Straßen, Häfen oder anderer größerer Infrastrukturprojekte wird gerne und oft für das Abhalten mehr oder weniger „spontaner“ Regierungserklärungen genutzt.

Im Bereich der täglichen Arbeit von Journalisten ist zu beobachten, dass Pressekonferenzen von Regierungen immer seltener einberufen und offenbar immer unbeliebter werden. Demgegenüber wird viel lieber inszeniert; die Einweihung von Krankenhäusern, Straßen, Häfen oder anderer größerer Infrastrukturprojekte wird gerne und oft für das Abhalten mehr oder weniger „spontaner“ Regierungserklärungen genutzt. Ein Meister dieses Spiels ist sicherlich der Kolumbianer Álvaro Uribe, der im Übrigen

genau darin seinem venezolanischen Nachbarn sehr ähnelt. Der Nachteil für Journalisten liegt auf der Hand: die Agenda wird ad hoc bestimmt, Nachfragen sind gar nicht erst vorgesehen und häufig wird unter den anwesenden Journalisten flugs eine ebenso spontan verfasste Pressemitteilung zur erfolgten Regierungserklärung verteilt. So werden Journalisten zu Hofberichterstattern degradiert. Bedenklicher sind freilich Behinderungen oder Einschüchterungen, die man auch aus Venezuela oder Bolivien kennt, z.B. sind Vermutungen, dass

15 | Vgl. *ABC Color* (Asunción, Paraguay), 10.11.2009.

Journalisten illegal abgehört werden, auch in Kolumbien oder Peru zu vernehmen. Drohungen der Gewaltanwendung und auch Todesdrohungen sind an der Tagesordnung – sowohl in Argentinien, El Salvador, Mexiko als auch Paraguay.

In Peru ereignete sich ein besonders ernster Fall. Die Radiostation „La Voz de Bagua“ wurde geschlossen. Von offizieller Seite sprach man von einer fehlerhaften Anmeldung technischer Geräte („homologación de equipos“), welche die Schließung notwendig gemacht hätte. Der eigentliche Anlass zu dieser Maßnahme liegt allerdings in der vom Radiosender ausgestrahlten Berichterstattung zu den gewalttätigen Unruhen im Juni 2009. Damals starben bei Ausschreitungen anlässlich umstrittener Explorationsvorhaben von Gas und Erdöl in der peruanischen Amazonas-Region 30 Menschen.¹⁶

Eine ganze Reihe lateinamerikanischer Staatschefs sucht mittlerweile den unmittelbaren Zugang zur Bevölkerung. Der erste, der sich dabei von Chávez inspirieren ließ, war Kolumbiens Álvaro Uribe mit seiner Radiosendung „Consejos Comunes de Gobierno“. Präsident da Silva setzt mit seinem Blog vornehmlich auf moderne Medien. Selbst der im Unterschied zu Uribe oder da Silva nicht als besonders mitreißender Redner geltende Präsident Álvaro Colom (Guatemala) richtete im staatlichen Rundfunk mit „Despacho presidencial“ ein eigenes Programmformat nach dem Vorbild von „Aló Presidente“ ein.

Die größte Ähnlichkeit zum Chávez-Modell außerhalb derjenigen Staaten, die sich dem Sozialismus des 21. Jahrhunderts verschreiben, hat Argentinien. Mit dem kürzlich durch den Kongress gepeitschtem Mediengesetz wird der staatliche und halb-staatliche Bereich des Rundfunksystems entscheidend erweitert und der Spielraum von privaten Anbietern deutlich eingeschränkt. Auch andere von den Präsidenten Chávez, Morales oder Correa bevorzugte Praktiken gegenüber Medien und Journalisten gehören zu beliebten Instrumenten der Einschüchterung und Drangsalierung argentinischer Medien. Das Standardrepertoire umfasst die Verweigerung, Pressekonferenzen abzuhalten oder den gezielten Einsatz von Werbung als Druckmittel. Während der Tagung der SIP/IAPA in Buenos Aires blockierte die (der Regierung nahestehende) Fernfahrerergewerkschaft mit ihren LKWs die Ausfahrten von Papel Prensa. Dieses Unternehmen, das jeweils zu einem Drittel der

16 | Vgl. *La República* (Lima, Peru), 5.06.2009.

Clarín-Gruppe, der Gruppe La Nación und dem argentinischen Staat gehört, garantiert die landesweite Herstellung und Zufuhr von Papier zur Weiterverwendung als Zeitungspapier. *La Nación*, aber vor allem *Clarín* gelten als oppositionell. Insbesondere mit *Clarín* verbindet die Regierung ein Verhältnis, welches man getrost als Feindschaft bezeichnen kann. Nicht wenige Journalisten führen das Motiv für das beschlossene Mediengesetz lediglich auf die Absicht der Regierung zurück, die unternehmerische Macht von *Clarín* entscheidend zu schwächen.¹⁷ Zu diesem Zweck scheint der Regierung Fernández de Kirchner jedes Mittel recht zu sein. Ähnlich wie Chávez bemüht sie hierfür eine ideologische Rhetorik. Ein entsprechendes Beispiel stellt das gemeinsam mit Venezuela am 5.11.09 ausgetragene „1. internationale Treffen von Medien und Demokratie“ in Caracas dar, welches zeitgleich zum SIP/IAPA-Treffen in Buenos Aires stattfand und daher „Anti-SIP-Treffen“ genannt wurde. Offensichtlich war es gewollt, hiermit Parallelen zu Anti-Globalisierungstreffen zu ziehen. Ebenso bezeichnete Frau Fernández de Kirchner im Verlauf der politischen Schlacht um das Mediengesetz die journalistische Unabhängigkeit als einen „Mythos“.¹⁸

Unübersehbar ist, dass sich derart unterschiedliche Regierungen wie die Kolumbiens, Mexikos, Perus oder Argentiniens durchaus mancher Praktiken des Chávez-Modells bedienen. Dazu gehört auch die Tendenz, den jeweiligen Präsidenten in den Mittelpunkt stellen, oder der fortwährende Versuch, den Medien die eigene Agenda aufzwingen zu wollen. Dennoch, trotz aller Ähnlichkeiten fehlt dem opportunistischen Modell der Regierungskommunikation in Kolumbien, Brasilien oder Peru die politische Konsequenz des Chávez-Modells. Beruhigend ist, so weit man dies in diesem Zusammenhang sagen kann, dass zumindest nach außen hin die wenigsten Regierungen der Region überhaupt mit dem Chávez-Modell der Regierungskommunikation in Verbindung gesetzt werden wollen. Immer wieder be-

Dennoch, trotz aller Ähnlichkeiten fehlt dem opportunistischen Modell der Regierungskommunikation in Kolumbien, Brasilien oder Peru die politische Konsequenz des Chávez-Modells. Beruhigend ist, so weit man dies in diesem Zusammenhang sagen kann, dass zumindest nach außen hin die wenigsten Regierungen der Region überhaupt mit dem Chávez-Modell der Regierungskommunikation in Verbindung gesetzt werden wollen.

17 | Vgl. die Stellungnahme des Journalistenverbandes FOPEA zum Mediengesetz, http://www.fopea.org/Inicio/La_posicion_del_Foro_de_Periodismo_Argentino_frente_al_proyecto_de_Ley_de_Servicios_de_Comunicacion_Audiovisual [3. Dezember 2009].

18 | Vgl. C. Fernández de Kirchner, „...lo de la prensa independiente es un mito“, in: *La Nación* (Buenos Aires, Argentinien), 22.10.2009.

tonen die Präsidenten da Silva, Uribe oder García ihre vorbehaltlose Verteidigung der Pressefreiheit. Allerdings wurde unter Führung der chilenischen Präsidentin Bachelet und des uruguayischen Präsidenten Tabaré Vazquez während des UNASUR-Gipfels im August diesen Jahres der Vorschlag von Chávez verhindert, im Abschlussdokument einen Verweis auf die notwendige „ethnische Verantwortung“ von Medien aufzunehmen.¹⁹

WER VERLIERT – WER GEWINNT?

Es scheint sich in Lateinamerika unter Medienunternehmern, Journalisten und Politikern gleichermaßen ein starkes gegenseitiges Misstrauen ausgebreitet zu haben, dass in Einzelfällen bis hin zu einem Gefühl der Feindschaft geht. Besonders gefährlich für alle Seiten wird dies allerdings erst, wenn eine Seite ernsthaft in Existenznöte gerät. In einer Demokratie leben Politik und Presse in einer konfliktreichen, aber notwendigen Symbiose. Sie bedingen einander. Sie erfüllen unterschiedliche, teils gegensätzliche Funktionen, sind aber existenziell voneinander abhängig. Was geschieht aber, wenn eine der Seiten lebensbedrohlich geschwächt ist, wenn die Medien als Wachhund aufgrund technologischer Innovationen um ihre Existenz bangen müssen? Wer wird ihre Funktion als Wachhund oder Demokratiewächter ersetzen – Blogger oder Bürgerjournalisten? Wird man zukünftig von einem guten, fundierten und investigativen Qualitätsjournalismus außerhalb des Dunstkreises großer Medienunternehmen überhaupt noch leben können? Vor allem – was für Folgen hat das alles für eine Demokratie? Kann Demokratie ohne kritische Medien gut leben?

Dies sind Fragen, die nicht nur in Lateinamerika Politiker, Journalisten und Medienschaffende umtreiben. Und dennoch gehören hier schon jetzt Journalisten und der journalistische Beruf zu den größten Verlierern dieser neuen Tendenzen. Journalisten berichten zunehmend darüber, dass sie in der Ausübung ihres Berufs im Kreuzfeuer zwischen den Interessen politischer Machthaber und ihren jeweiligen Arbeitgebern stehen. Es gelingt Journalisten nicht, ihre Interessen überschlagkräftige und solide Institutionen vertreten zu können. Häufig kommt sogar vor, dass sich in einem Land mehrere

19 | Vgl. *El Tiempo* (Bogotá, Kolumbien), 10.08.2009.

unterschiedliche Journalistenorganisationen bis aufs Messer bekriegen. Diese Konstellation macht eine professionelle Arbeit fast unmöglich.

Aber auch die Medienunternehmen laufen Gefahr, sich in der Verfolgung ihrer wirtschaftlichen Interessen zu verrennen. Ihr unternehmerisches Gebaren hat viel dazu beigetragen, die Glaubwürdigkeit der Mitarbeiter ernsthaft zu kompromittieren. Äußerst bedenklich ist die Rolle, die sie in der Debatte um die medienrelevante Gesetzgebung in Lateinamerika bislang gespielt haben. Es besteht kein Zweifel daran, dass allein schon die mehrfach erwähnten technologischen Innovationen eine modernere Regulierungsarchitektur in den meisten Ländern Lateinamerikas dringend notwendig machen. Pressegesetze aus den zwanziger Jahren wie in Bolivien werden den neuen Herausforderungen des digitalen Fernsehens oder Internets nicht gerecht. In vielen Ländern sieht es bezüglich des rechtlichen Rahmens ähnlich desolat aus. Aber anstatt eine solche Situation als Chance zur Mitgestaltung zu begreifen, haben große Medienunternehmen wie Televisa in Mexiko in der Vergangenheit ganz gezielt entsprechende Initiativen torpediert.²⁰ Nicht ganz von der Hand gewiesen werden kann der Vorwurf des argentinischen Medienrechtlers G.Mastrini, der angesichts des umstrittenen Mediengesetzes in Argentinien daran erinnerte, dass in den letzten 25 Jahren eine ganze Reihe ähnlicher parlamentarischer Vorstöße von der Clarín-Gruppe immer wieder erfolgreich bekämpft wurden. Klar ist, die meisten Medien in Lateinamerika sind trotz der Beispiele von Televisa oder Clarín öfter Opfer denn Täter. Dies wird sie aber nicht davon befreien, ihr Verhältnis zur Politik grundsätzlich zu überdenken, denn der Staat wird auch im Zeitalter des Internets und des Digitalfernsehens überleben. Ob dies alle heute existenten Medien in Lateinamerika tun werden, ist fraglich.

Bleibt schließlich das Lager der Politiker: Die institutionelle Kommunikationsfähigkeit von Regierungen oder staatlichen Stellen zu professionalisieren ist nichts Illegitimes oder Gefährliches. Im Gegenteil, eine im wahren Sinne professionel-

20 | Ein Beispiel hierfür ist das als „Gesetz Televisa“ bekannte Regelwerk in Mexiko. Vgl. hierzu: Rudolf Huber, Ernesto Villanueva, Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), *Reforma de medios electrónicos ¿avances o retrocesos?* (México: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2007).

le Regierungskommunikation ist im ureigenen Interesse professionell handelnder Journalisten und kommt letztendlich einer Stärkung der Demokratie zugute. Bedenklich wird es erst, wenn Professionalität in der Kommunikation nur nach technischen Effizienzkriterien verstanden wird, ohne zugleich das grundlegende Rollenverständnis von Medien und Journalisten in einer freien Gesellschaft mitzudenken. Nichts anderes suggeriert das Vorgehen des als Medienkanzler bezeichneten Gerhard Schröder. Seine flapsig dahin formulierte Aussage, er brauche zum Regieren nur „Bild, Bild am Sonntag und die Glotze“ offenbart ein erschreckend undemokratisches Verständnis von der Funktion, die Medien und Journalisten in einer demokratischen Gesellschaft zukommt. Es scheint, dass genau dieses Verständnis sich auch auf der anderen, südlichen Seite des Atlantiks breit macht. Denn Kerngedanke desselben ist es, die moderierende, kritisierende und regulierende Funktion von Medien stärker hervorzuheben. Im Extremfall bedeutet dies, mittels der neu verfügbaren Technologien die von Journalisten erstellten und über die Medien vermittelten Inhalte durch das eigene, staatliche Angebot zu ersetzen. Was dabei oft übersehen wird: die Vermittlung der eigenen politischen Botschaften über die Medien machen diese Botschaft erst glaubwürdig. Das genau ist auch der Denkfehler im Chávez-Modell. Obwohl der venezolanische Präsident bei Weitem über die Überzahl aller Kommunikationsmedien im Land verfügen kann, muss er damit leben, dass die mit Abstand besten Einschaltquoten der einzige noch als unabhängig geltende Privatsender Globovisión hat.

Die strukturelle Gefahrenkonstellation für Medien und Journalisten in Lateinamerika verschiebt sich, selbst wenn die altbekannten Gefahren fortbestehen und in der Wahrnehmung überwiegen. Organisierte Kriminalität, politische Korruption, staatliche Drangsalierung sind nicht nur weiterhin für die übergroße Anzahl an Verletzungen der Pressefreiheit verantwortlich, sie verursachen auch die meisten tödlichen Opfer unter Journalisten. Für die Zukunft des Journalistenberufes und des Medienunternehmertums geht die größte Gefahr weder von Drogenkartellen, Mara-Banden, korrupten Militärs oder Politikern noch den autoritären Machthabern Chávez oder Correa aus. Die größte Gefahr geht von Politikern als

Die institutionelle Kommunikationsfähigkeit von Regierungen oder staatlichen Stellen zu professionalisieren ist nichts Illegitimes oder Gefährliches. Im Gegenteil, eine im wahren Sinne professionelle Regierungskommunikation ist im ureigenen Interesse professionell handelnder Journalisten und kommt letztendlich einer Stärkung der Demokratie zugute. Bedenklich wird es erst, wenn Professionalität in der Kommunikation nur nach technischen Effizienzkriterien verstanden wird, ohne zugleich das grundlegende Rollenverständnis von Medien und Journalisten in einer freien Gesellschaft mitzudenken.

auch Journalisten aus, die glauben, dank der neuen technologischen Möglichkeiten ohne den jeweils anderen existieren zu können.